

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit dem täg. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
in Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Erziehung monatlich 10 Pf.
in Post bezogen einschließlich 2 Pf., unter Kreuzband für Deutschland und
Ausland 12 Pf. — Erhöhter Satz mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zingertstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zingertstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die eingepaltene Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vorauszahlung 20 Pf. Insetrate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 205.

Dresden, Dienstag den 5. September 1911.

22. Jahrg.

Wirtschaftliche Gewerbeaufsicht im Jahre 1910.

Die Arbeiterschaft in den wirtschaftlichen Konjunkturen.

Wie das Wirtschaftsjahr 1910 begann, war die Krise, die im Vorjahre noch ihre dunklen Schatten auf das gesamte Wirtschaftsleben geworfen hatte, überwunden. In fast allen Industriezweigen war ein geschäftlicher Aufschwung zu konstatieren, der auch die erschreckend große Arbeitslosigkeit der Vorperiode milderte. Doch nicht in allen Erwerbszweigen war die Vorteile der beginnenden Hochkonjunktur bemerkt. Die Industrie der Steine und Erden wurde schwer durch die Bauarrestsperre benachteiligt, die Zigarrenindustrie durch den Zollstreik fast lahm gelegt. Auch einige Industriezweige konnten sich noch nicht wieder recht erholen.

Die schwerste die Tabakbranche von den neuen Zöllen betroffen wurde, ergab sich schon daraus, daß sich im Berichtsjahr die Betriebe zur Anfertigung von Zigarren um 24 auf 222, also um 102, verminderten. Die übrig gebliebenen Fabriken der Tabakbranche konnten aber nur mit reduziertem Personal den Betrieb aufrecht erhalten, denn die Zahl der weiblichen Arbeiter der Tabakbranche, die noch beschäftigt wurden, im Berichtsjahre nur 3193 übrig geblieben waren, mithin eine Verminderung um 1084 eingetreten war. Weit schlimmer wurde der Bestand der weiblichen Arbeiter durch die schädliche Zollpolitik begünstigt. Während 10 074 Tabakarbeiterinnen ermittelt wurden, waren im Jahre 1909 nur noch 4285, es war also mehr als die Hälfte aufgegeben worden. Am schlimmsten war es in der Zigarrenindustrie Dresden, wo in der Tabakbranche die Verminderung der weiblichen Arbeiter um 114 auf 1156, eintrat, und die Zahl der Betriebe von 6552 auf 1343, also um 5209, vermindert wurde, während 87 Betriebe dem Zollstreik zum Opfer fielen. 1909 bestanden noch 195, am 1. Mai des Berichtsjahres nur noch 138.

Die von dem Baumaterialienmarkt inszenierte Nachdrücke besonders den Steinbruchbetrieben in der eichelförmigen Stadtteile. Es wird darüber aus der Preisentwicklung folgende Auswertung der Bauarbeiter hat sich auf den Geschäftsgang der Granitbrüche, Steinbrüche usw. lähmend eingewirkt und hier eine merkliche Verringerung der Arbeiterzahl zur Folge gehabt. Als sich gegen Ende des Berichtsjahres der Geschäftsgang wieder belebte, herrschte namentlich in den Granitsteinbrüchen ein empfindlicher Arbeitermangel, der gut von den inzwischen verzogenen Steinarbeitern gedeckt werden konnte. Daraus ergibt sich, daß sich die Bauarbeiter bei der Auswertung nicht nur selbst in großer Gefahr sahen, sondern auch den Unternehmern in der Bauindustrie schweren Schaden zugefügt haben. Ähnliche Vorgänge wie in Baugewerbe natürlich auch in anderen Gewerben im Steingewerbe gemacht worden. Auch die Zieglerindustrie in der geschädigten Weise betroffen worden.

Im allgemeinen war jedoch, wie schon angedeutet, der Aufschwung ein sehr guter. Das bezeugen nicht nur die Zahlen, sondern auch die Bemerkungen in den Berichten, die aus den Resultaten der Arbeiterzählung hervorgehen. Jede Krise bringt entweder einen Stillstand in dem Leben der Arbeiterschaft, zumeist sogar einen direkten Stillstand, obwohl tagelange oder stundenweise Produktionsstörungen die Wirkung des geschäftlichen Niederganges auf den Arbeitsmarkt etwas einschränken. So ergab sich 1909 in der Textilindustrie ein Rückgang von 201 283 auf 195 140, im Jahre 1910 von 195 140 auf 195 140, im Jahre 1911 von 195 140 auf 201 283. In diesem Jahre ist abgesehen von den erwähnten Industriezweigen, die von Zollstreik geringen Ausmaßes betroffen waren, fast allenthalben eine wesentliche Steigerung der Arbeiterzahl eingetreten. Als allgemeine Ursache hierfür sind die Strumpfwarenindustrie und die Bekleidungsindustrie zu nennen, die unter der amerikanischen Konkurrenz die schmerzhaftesten Maßnahmen gegen die Einfuhr litt. Die Textilindustrie der Textilarbeiter von 202 863 auf 202 863, im Jahre 1910 von 202 863 auf 202 863, im Jahre 1911 von 202 863 auf 202 863, im Jahre 1912 von 202 863 auf 202 863.

Die Gesamtarbeiterzahl belief sich 1909 auf 607 862, im Berichtsjahre dagegen auf 735 823, die Vermehrung der Arbeiter 22 734, auf die weiblichen 11 848. Die Vermehrung der Arbeiter ist also proportional größer, denn sie betrug 3,7 Prozent, während bei dem weiblichen Teile nur eine Vermehrung von 2,1 Prozent zu verzeichnen ist. Der Gesamtanteil der Arbeiter an der Gesamtbevölkerung betrug 1909 30,7 Prozent, im Berichtsjahre nur 30,3 Prozent betrug, was eine Verringerung um 0,4 Prozent einleitet, dagegen war der Anteil der weiblichen Arbeiter in demselben Zeitraum von 15,2 Prozent auf 15,07 Prozent zurückgegangen. 1910

dagegen beträgt der Anteil der weiblichen Arbeiter 31,3 Prozent, der der männlichen 60,3 Prozent.

Es ist eine von uns schon mehrfach herbeigehobene Tatsache, daß sich in Preisenzeiten die Zahl der Arbeiterinnen auf Kosten der erwachsenen männlichen Arbeiter vermehrt, wogegen in Zeiten guten Geschäftsganges meist die Zunahme eine gleiche oder das Anwachsen der Arbeiter etwas größer ist. Letzteres kann als Zeichen eines besonders guten Geschäftsganges angesehen werden. Denn in der Regel richten die Unternehmer ihr Begehren zunächst nach der billigeren weiblichen Arbeitskraft; erst wenn diese nicht mehr zu haben ist, wird der männliche erwachsene Arbeiter in größerer Zahl eingestellt. Natürlich tritt in dieser Tendenz der kapitalistischen Ausbeutung dann eine Verschiebung ein, wenn besonders in solchen Industriezweigen guter Geschäftsgang herrscht, in denen Frauenarbeit gar nicht oder in nur geringem Umfange vorkommt.

Die schon erwähnte statistische Uebersicht von den Jahren 1900 bis 1910 aber zeigt uns, daß in diesem Zeitraum die männliche Arbeitskraft wesentlich von der billigeren und willigeren weiblichen verdrängt worden ist. Die folgende statistische Uebersicht, die wie nach der Tabelle des vorliegenden Jahresberichts wiedergeben, zeigt das offensichtlich:

Jahr	Zahl der Arbeiter in Studien	Erwachsene männliche Arbeiter	Erwachsene weibliche Arbeiter	Jugendliche über 14 Jahre	Kindertage	Arbeiter überhaupt
1900	19 620	846 616 (61,8 %)	167 060 (28,6 %)	42 897 (7,8 %)	1 888 (0,8 %)	648 853 (100 %)
1905	21 928	877 170 (61,4 %)	198 806 (30,7 %)	46 983 (7,6 %)	1 753 (0,8 %)	614 714 (100 %)
1910	28 928	448 090 (60,9 %)	290 553 (31,8 %)	59 156 (8,1 %)	2 400 (0,8 %)	735 823 (100 %)

Deutlich erkennt man hier, wie allmählich in den letzten zehn Jahren die billigere weibliche Arbeitskraft mehr Boden gefaßt hat, und zwar auf Kosten der männlichen erwachsenen Arbeiter, deren Zahl zwar auch angewachsen, deren Anteil an der Gesamtarbeiterzahl aber um 3 Prozent zurückgegangen ist, während der der Arbeiterinnen um fast soviel stieg. Man könnte einwenden, daß sei eine Folge der Ausbreitung der Textilindustrie und daher die größere Vermehrung der Arbeiterinnen eine ganz natürliche Erscheinung. Der Anteil der Textilindustrie an dieser Entwicklung ist jedoch ein sehr geringer, wie sich aus einer nach Berufen gruppierten statistischen Zusammenstellung ergibt. Denn in der Textilindustrie betrug der Anteil der Arbeiterinnen an der Gesamtarbeiterzahl 1900 49,8 Prozent, 1910 aber erst 50,3 Prozent. Die Verschiebung ist hier also eine ganz geringfügige. Dagegen stieg der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte in der Metallverarbeitung in den letzten Jahren von 13,8 auf 16,6 Prozent und in der Industrie der Maschinen von 3,6 auf 4,4 Prozent. Daraus ergibt sich, daß die weibliche Arbeitskraft in Branchen Fuß gefaßt hat, wo man sie sonst kaum kannte. Ohne Zweifel führen hier die Frauen zum Teil Arbeiten aus, die früher Männer verrichteten. Es handelt sich also nicht nur um ein mit der Entwicklung der Industrie Schritt haltendes Anwachsen der weiblichen Arbeitskräfte, sondern um ein Verdrängen der teuren männlichen Arbeitskräfte durch die billigere und willigere der Frauen. Offenbar ist es die Profitgier des Kapitalismus gewesen, die diese Verschiebung zustande gebracht hat.

Wir sehen ferner, daß auch der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtarbeiterzahl etwas gewachsen ist. Doch ist die Verschiebung nur eine unbedeutende. Hier findet die Profitgier Grenzen, weil die Zahl der Jugendlichen zwischen 14 und 16 Jahren ja immer eine beschränkte ist. Interessant sind die Ziffern über die Kinderarbeit. Offenbar unter der ersten Einwirkung der gesetzlichen Bestimmungen über den Arbeiterschutz ist die Kinderarbeit erst zurückgegangen. Später haben die Unternehmer offenbar entdeckt, daß die Kinderarbeit auch unter den bestehenden gesetzlichen Einschränkungen noch profitabel ist, zumal man diese ja auch gelegentlich umgehen kann. Die Nachsicht der Aufsichtsorgane und die große Wilderei der Richter in solchen Fällen zeigen ja deutlich, daß der Unternehmer nicht viel riskiert, der auf das Arbeiterschutzgesetz pfeift.

Die ausgeschaltete Öffentlichkeit.

Die Verhandlungen zwischen dem Staatssekretär v. Aiderlen und dem französischen Botschafter Cambon haben am Montag wieder begonnen. Aber die Öffentlichkeit bleibt ausgeschaltet. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung wird nicht in die Lage versetzt, irgendwelche Mitteilungen über den Stand und die Resultate der Verhandlungen zu geben und zieht es dann vor, gegen die sozialdemokratische Friedensdemonstration im Vorfeld der Reichstagswahl einseitig Stellung zu nehmen. Das Zusammenreffen der beiden Unterhändler am Montag hat nur eine halbe Stunde gedauert. Nach Paris ist die Verhandlung mit dem französischen Botschafter vorgelegt, während Aiderlen sich darauf beschränkt habe, zu erklären, daß die Vorschläge prüfen werde. Man hofft, daß die deutsche

Regierung die jetzigen französischen Vorschläge annehmen werde, aber man fügt hinzu, daß sich die Öffentlichkeit wohl noch auf eine neue Geduldprobe gefaßt machen müsse, bis die Regierungen irgendeine Mitteilung herausgeben werden.

Schlimme Wirkungen auf das Wirtschaftsleben.

Berlin, 4. September. Seit dem Tage, an dem der Ausbruch des russisch-japanischen Krieges bekannt geworden, hat die Berliner Börse keinen so scharfen Rückgang erlebt, wie dies heute der Fall gewesen. Die Börse, die schon in etwas schwächerer Haltung eingeleitet hatte, erfährt plötzlich einen scharfen Rückgang. Durch plötzlich auftretende große Verkäufe kam das gesamte Kursniveau ins Wanken. Es schwirrten allerlei Gerüchte; so wollte man z. B. aus der Anwesenheit eines Prokuratoramtsdirektors an der Berliner Produktenbörse schließen, daß infolge der vorwärtigen scharfen Steigerung der Futtermittelkurse — und auch heute ist Kaugummi wieder um circa 4 bis 5 M. gestiegen — die deutsche Regierung Getreidekäufe angeordnet habe und daß man demnach in Regierungsangelegenheiten an eine friedliche Lösung der Marokkofrage wohl nicht glaube. Gleich ließ es auch wieder, es handle sich gar nicht um Kriegsvorbereitungen mit Frankreich, sondern England sei der Feind, mit dem man zu rechnen hätte. Alle diese Gerüchte zeigen, wie nervös die Börse geworden ist. Tatsache war dagegen, daß zwei Großbanken für ihre Kreditkassenvermögen, die anscheinend den einforderten Rückkauf auf ihre bei den Depositenkassen dieser Institute liegenden Papiere geleistet haben, Verkäufe vornahmen, und daß durch die verschiedenen Gerüchte künstlich gemachte Kapitalflucht und Spekulationen große Positionen verloren. Auch aus der Provinz sollen ziemlich beträchtliche Verkaufsaufträge für Industriewerte stattgefunden haben.

Paris, 4. September. Die Agence Havas hat wenigstens den Wiederbeginn der Verhandlungen offiziell bekanntgegeben. Die herrschende Ungewißheit bildet namentlich in den Kreisen von Handel und Industrie, deren Nervosität durch die augenblicklichen Verhältnisse gesteigert ist, den Rückgang der weiblichen Arbeitskräfte. Natürlich wäre die Erwartung, daß schon die ersten Unterredungen zu einer völligen Einigung führen müßten, etwas vornehm. Sowohl über die Abgrenzung des Kompenzationsgebietes als besonders über die Formulierung der von Deutschland geforderten autonomen Rechte in Marokko könnten sich sehr wohl keine Meinungsverschiedenheiten ergeben. Aus dieser natürlichen Sachlage ist aber nicht zu folgern, daß jeder Tag, um den sich die Verhandlungen verlängern, die Chancen eines günstigen Abchlusses verschlechtert. Beruhigend würde sich allerdings die Rückweisung der hängenden Angelegenheiten auf das Wirtschaftsleben, das ohnehin unter schweren Beschränkungen leidet, und auf die Volkstimmung, die eine Deute kriegerischer Agitatoren und Spekulanten liebt.

Marmierende Gerüchte.

Frankfurt a. M., 4. September. Hier gingen Gerüchte um, das 18. Armeekorps sei wegen der internationalen Lage aus dem Standort zurückberufen worden. Das Generalkommando des Korps teilte der Frankfurter Zeitung, wie uns ein Telegramm meldet, mit, daß dieses Gerücht falsch sei.

Frankfurter Flottenrevue.

Paris, 4. September. Bei Gelegenheit der Flottenrevue in Toulon sind einige Neben gehalten worden, die an und für sich nicht viel mehr als die üblichen patriotischen Phrasen bringen, von denen aber doch mehrere Sätze unter den jetzigen Umständen ziemlich charakteristisch sind. Der Marineminister Delcassé sagte: „Die Marine hat nur einen Wunsch, daß jeder Tag einen Fortschritt in ihrer Ausbildung bedeute, und nur einen Entschluß, den: immer bereit, inschließlich bereit zu sein, in jedem Augenblick gleich der Armee dem Rufe Frankreichs zu folgen.“ In der Erwiderung des Präsidenten Fallières wird davon gesprochen, daß die Marine einen Weg betreten hat, an dessen Ende Frankreich die besten Mittel finden wird, um ohne Gefahr eines Mißerfolgs allen Eventualitäten der Zukunft zu begegnen.“

Das Regierungsorgan.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, sieht sich angesichts der gewaltigen Friedenskundgebung der Berliner Arbeiterschaft genötigt, kein Marokko-Schweigen zu brechen und etwas wie eine Stellungnahme zu der großen Demonstration zu versuchen. Es schreibt: Die Berliner Sozialdemokraten hätten am letzten Sonntag „mit großer Wucht offene Türen eingeworfen“. Die Menschen, die da für den Frieden demonstrierten, seien „ganz unendlich den Strapazen der Sonnenhitze ausgesetzt worden“, denn:

In der Tat ist, soweit der Bericht des Verwalters erkennen läßt, von keinem Redner die Behauptung gewagt worden, daß die verantwortlichen Leiter unserer Politik zum Kriege trieben. Um der Demonstration einen Anteil zu geben, hat man sich gegen eine angebliche „Kriegshetze des Wagnerskapitals und Kanonkapitals“ gewandt, die nur in der Einbildung der Sozialdemokratie besteht.

Wenn die Regierung den Willen hat, es nicht zum Kriege kommen zu lassen, dann kann sie ja mit dem glänzenden Verlauf der Demonstration nur zufrieden sein und braucht ihn nicht von ihren Offizieren mit läppischen Glossen begleiten zu lassen. Noch vor vierzehn Tagen hat sich die Norddeutsche Allgemeine Zeitung selbst genötigt gesehen, das Treiben der Kriegshetze mit den allerhöflichsten Worten zurückzuweisen; jetzt behauptet sie, die Kriegshetze bestehe nur in der Einbildung der Sozialdemokratie. Wie kurz das Gedächtnis dieser Regierungsschreiber ist!

Das Regierungsblatt behauptet dann weiter, der Zweck solcher Versammlungen sei, den Arbeitern den „Dummstolz“